

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuß

8. Sitzung
am Montag, dem 11. November 1996,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Frauke Walhorn (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Baasch (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Rolf Schroedter (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Gudrun Hunecke (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Landtagsverwaltung

RR z.A. Ole Schmidt

Tagesordnung		Seite
1.	Fortsetzung der Haushaltsberatungen, Einzelplan 10	5
2.	Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Krebsregistergesetzes (AGKRG) Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/277	7
3.	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Jugendzahnpflegegesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 14/295	8
4.	a) Arbeitsplatz "Haushalt" Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/231	9
	b) Dienstleistungsagenturen Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/317	
5.	Beantwortung der von der F.D.P.-Fraktion gestellten Fragen zum Kinder- und Jugendhilfe Verbund e.V. durch das Jugendministerium Umdrucke 14/113, 14/229 und 14/239	11
6.	Ausschußreise hier: Reise der energiepolitischen Sprecher zum Energieforum nach Berlin am 29. November 1996 zum Thema "Energierrechtsnovelle"	12
7.	Sexuelle Mißhandlung und sexuelle Vermarktung von Kindern und Jugendlichen Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/242, Nr. 4	13
8.	Verschiedenes	13

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, eröffnet die Sitzung um 11.50 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Fortsetzung der Haushaltsberatungen, Einzelplan 10

Abg. Hunecke problematisiert zunächst die Einstufung des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen in Sachen Pflegeversicherung und plädiert für eine innerliche Unabhängigkeit der Gutachter.

M Moser verweist auf die geltende Rechtslage und warnt vor zu großem Optimismus bei Änderungen derselben. Gleichwohl sei insbesondere die Eingruppierung psychisch kranker Menschen verbesserungsbedürftig.

1002-Titelgruppe 66, Ausbau der dezentralen psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung

Auf Anregung von Abg. Hunecke kommt der Ausschuß überein, sich in einer der nächsten Sitzungen vom Sozialministerium umfassend über die Entwicklung der dezentralen psychiatrischen Versorgung in Schleswig-Holstein informieren zu lassen.

MDgt Siebenbaum teilt mit, daß diese Titelgruppe derzeit Gegenstand der Prüfungen des Landesrechnungshofs sei.

Auf eine Frage von Abg. Böttcher erwidert M Moser, Nummer 2 der Erläuterungen zu Titel 684 66 sei falsch, da die zugesagten Kofinanzierungsmittel der EU, des Bundes und des Frauenministeriums zum Nächtlichen Krisenzentrum für Frauen nicht flößen.

1005-Maßnahmegruppe 07, Förderung von Kindertagesstätten

Auf Fragen von Abg. Hunecke teilt M Moser mit, dem Ministerium sei bisher kein Fall auf Einklagung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz bekannt. Eine Novellierung des Kindertagesstättengesetzes sei geplant, um das Problem des Kostenausgleichs der Gemeinden zu lösen. Für spezifische und überregionale Angebote (zum Beispiel Waldorfkinderärten, Kinderhaus), die sicherlich Gegenstand der Bedarfsplanung der Kreise sein müßten, könnte eine Ausgleichsregelung mit der Bereitstellung eines Fonds gefunden werden, der von den Kreisen gespeist werden müßte.

MDgt Siebenbaum teilt auch an dieser Stelle mit, daß der Rechnungshof die Förderung von Kindertagesstätten geprüft habe.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des
Krebsregistergesetzes (AGKRG) Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/277**

Der Ausschuß verständigt sich auf folgenden Kreis der schriftlich Anzuhörenden: Landesdatenschutzbeauftragter, Professor Dr. Raspe, Ärztekammer, Professor Dr. Michaelis, Robert-Koch-Institut, Gemeinsames Krebsregister der ostdeutschen Bundesländer, Gero Wessel, Tumorzentrum des Kieler Universitätsklinikums. - Der Gesetzentwurf soll in der Dezember-Tagung des Landtages verabschiedet werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Jugendzahnpflegegesetzes
Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 14/295

Der Ausschuß kommt überein, die Beratung des CDU-Gesetzentwurfs bis Anfang 1997 zurückzustellen, um zunächst das Ergebnis der anstehenden Vereinbarung zwischen kommunalen Landesverbänden und Krankenkassen abzuwarten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Arbeitsplatz "Haushalt"

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/231

b) Dienstleistungsagenturen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENDrucksache 14/317

Abg. Hunecke verdeutlicht die Intention ihres Antrages: Es gehe darum, eine Koordinationsstelle zu schaffen, die in erster Linie den in den Privathaushalten tätigen Haushaltshilfen das Angebot mache, ohne finanzielle Einbußen ihre Beschäftigung sozialversicherungsrechtlich abzusichern und die dafür erforderliche Bürokratie zu erledigen, um den Anteil von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und Schwarzarbeit zurückzuführen.

M Moser vermag in dem von der CDU favorisierten Ansatz keinen Anreiz für die privaten Haushalte auszumachen, Haushaltshilfen sozialversicherungspflichtig anzustellen, weil die privaten Haushalte auch nach dem Jahressteuergesetz nicht in den Genuß der steuerlichen Absetzbarkeit kämen.

Abg. Hunecke bittet die Regierung, die zentrale Frage der steuerlichen Absetzbarkeit von Haushaltshilfen für die privaten Haushalte noch einmal zu prüfen.

Abg. Küstner äußert sich in die gleiche Richtung wie die Sozialministerin. Der Ansatz der CDU sei aufgrund fehlender Anreize wenig attraktiv; denn steuerlich absetzbar seien nur die Kosten für einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz und einen als Arbeitgeber auftretenden Privathaushalt, so daß sich wie auch immer geartete Poollösungen als unpraktikabel erweisen dürften. Im übrigen regt sie an, das Sozialministerium möge den Ausschuß in einer der nächsten Sitzungen über seine konzeptionellen Vorstellungen unterrichten.

Abg. Spoorendonk stellt wie alle Ausschußmitglieder das Ziel heraus, die Beschäftigungsverhältnisse in privaten Haushalten möglichst auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umzustellen. Um diesem Ziel näher zu kommen, müßten konkrete Modellprojekte zügig in Angriff genommen werden.

Abg. Aschmoneit-Lücke problematisiert vor dem Hintergrund der mit der Sozialversicherungspflicht verbundenen zusätzlichen Kosten die Akzeptanz beziehungsweise Inanspruchnahme entsprechender Modelle durch die privaten Haushalte.

Abg. Hunecke bittet das Sozialministerium noch einmal, den CDU-Ansatz der Koordinationsstelle auf seine Machbarkeit hin und insbesondere die Frage der steuerlichen Absetzbarkeit von Haushaltshilfen zu überprüfen. Eine Anhörung zu diesem Thema im Sozialausschuß sei entbehrlich.

Abg. Schroedter macht für die SPD-Fraktion noch einmal die Intention deutlich, mit allen Kräften sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen und damit die Basis der Beitragszahler für die sozialen Sicherungssysteme zu erhöhen.

Der Ausschuß kommt überein, die Beratung der Anträge zurückzustellen und sodann einen Bericht des Sozialministeriums zu dessen konzeptionellen Vorstellungen zum Thema Beschäftigungsverhältnisse in privaten Haushalten inklusive der Frage der steuerlichen Absetzbarkeit entgegenzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Beantwortung der von der F.D.P.-Fraktion gestellten Fragen zum Kinder- und Jugendhilfe Verbund e.V. durch das Jugendministerium Umdrucke 14/113, 14/229 und 14/239

Abg. Aschmoneit-Lücke schickt ihren Dank an das Jugendministerium für die vollständige und zügige Beantwortung des von der F.D.P.-Fraktion eingereichten Fragenkatalogs, Umdruck 14/113, voraus und unterrichtet den Ausschuß mit Umdruck 14/239 darüber, daß sie sich namens der F.D.P.-Fraktion von der Plakatkampagne der Eheleute Ladewig gegen Mitglieder der Landesregierung ausdrücklich distanzieren.

Auf Fragen der Vorsitzenden sowie der Abgeordneten Aschmoneit-Lücke und Schroedter zu Umdruck 14/229 antwortet OAR Schüler, der Verein habe die Plätze neu geschaffen und nicht von anderen Trägern übernommen (Frage 1.3). - Zum Thema Auslandsprojekte (Frage 2.1): Einrichtungsteile von Trägern führten auch Maßnahmen im Ausland durch; das im Ausland eingesetzte Betreuungspersonal, dessen Namen und Qualifikation dem Jugendamt genannt würden, werde in aller Regel von den Trägern ins Ausland entsandt. - Da die Gewährung der Hilfe Aufgabe der örtlichen Jugendämter und die Durchführung Aufgabe der Träger sei, könne von seiten des Landes bislang kaum Einfluß genommen werden; vorstellbar sei im Zusammenhang mit der Jugendhilfeplanung die Etablierung einer Arbeitsgemeinschaft, um konzeptionelle und übergeordnete Fragen abzustimmen. - Die Frage, wie viele der Teileinrichtungen sich im Eigentum von Mitarbeitern des KJHV befänden (Frage 1.7.2) könne er aus dem Stand nicht beantworten.

Der Ausschuß sieht das Thema mit der Beantwortung der Fragen durch das Jugendministerium für abgeschlossen an.

St Dr. Müller bittet mit Schreiben vom 30. September 1996 um folgende Korrektur der Niederschrift über die 3. Sitzung am 22. August 1996, Seite 12, Absatz 3, Satz 3: "Auch im Falle des Büsumer Heims in der Trägerschaft des Diakonischen Hilfswerks, das vor kurzer Zeit in die Schlagzeilen geraten sei, hätten ehemalige Mitarbeiter heftige Kritik am Träger geäußert, wobei **mangelhafte** pädagogische **Arbeit** und unzulängliche Verwendung von Mitteln eine Rolle gespielt hätten."

Punkt 6 der Tagesordnung:

Ausschußreisehier: Reise der energiepolitischen Sprecher zum Energieforum nach Berlin am 29. November 1996 zum Thema "Energierrechtsnovelle"

Die Vorsitzende berichtet, die Landtagsverwaltung und die Ausschußvorsitzenden hätten in einem ersten Gespräch die Frage der Kostenerstattung für Ausschußreisen erörtert. Die Ausschußvorsitzenden seien sich einig gewesen, daß in Zukunft neben dem Ältestenrat auch ein Landtagsausschuß die Möglichkeit haben müsse, in toto - und nicht nur als Delegation - Bereisungen durchzuführen. Weil eine Reise einzelner Fachsprecher - hier der energiepolitischen Sprecher - einen Teil der zur Verfügung stehenden Reisekostenmittel binde und somit auch für die Mitglieder des Sozialausschusses die Reismöglichkeiten beschränke, plädiere sie dafür, daß die energiepolitischen Sprecher die in Rede stehende Reise bei Interesse auf eigene beziehungsweise Fraktionskosten durchführten und der Sozialausschuß statt dessen eine den gesamten Ausschuß tangierende Bereisung ins Auge fasse, zum Beispiel zum Thema Pflegeeinrichtungen.

Der Ausschuß schließt sich dem Petitum der Vorsitzenden an.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Sexuelle Mißhandlung und sexuelle Vermarktung von Kindern und Jugendlichen
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/242, Nr. 4

Zum Kreis der am 6. März 1997 Anzuhörenden nimmt der Ausschuß Vorschläge der Fraktionsarbeitskreise entgegen und verständigt sich darauf, in Erwartung der Vorschläge des

beteiligten Innen- und Rechtsausschusses in seiner Sitzung am 5. Dezember 1996 beschlußzufassen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung - **Verschiedenes** - liegt nichts vor.

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, schließt die Sitzung um 13.40 Uhr.

gez. Walhorn
Vorsitzende

gez. Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer